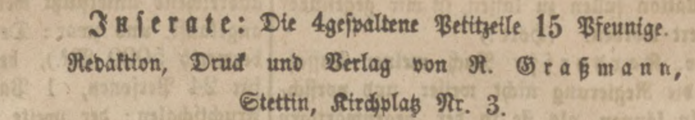
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.


Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Freitag, den 20. Juni 1879. Nr. 282.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die **auswärtigen**, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den jetzigen so interessanten Reichstags- und Kammerberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbieten, die Schnelligkeit unserer Nachrichten ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Wir werden auch fernerhin für ein spannendes und interessantes Feuilleton sorgen.

Der Preis der zweimal täglich erscheinenden **Stettiner Zeitung** beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur **zwei Mark**, in Stettin **in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfennige.**

Die Redaktion.

Deutscher Reichstag.

62. Plenar-Sitzung vom 19. Juni

Der Präsident v. Seydewitz eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 30 Min. mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Tische des Bundesraths: Reichskanzler Fürst Bismarck, Wirklicher Geheimer Rath von Dechend.

Tagesordnung:

I. Interpellation der Abgg. Delbrück, Dr. Bamberger, Dr. Harnier: Beabsichtigt die Regierung eine Abänderung der Münzgesetzgebung herbeizuführen?

Reichskanzler Fürst Bismarck erklärt, die Interpellation sofort beantworten zu wollen.

Zur Begründung derselben erhält das Wort Abg. Delbrück: Vor mehreren Wochen wurde es bekannt, daß die Reichs-Finanzverwaltung beschlossen habe, den Silberverkauf auf dem Londoner Markt einzustellen. Es knüpfte sich an diese Nachricht in der Presse eine Diskussion über die Tragweite derselben an und es wurde insbesondere als wahrscheinlich bezeichnet, daß diese Maßregel in der Absicht angeordnet ist, in der Münzverfassung Deutschlands eine Aenderung vorzunehmen. Die Interpellanten hatten schon damals die Absicht, von der Reichsregierung Auskunft über ihre Absicht in Bezug auf unsere Münzverfassung zu fordern. Die Interpellation ist aber damals unterblieben, weil angenommen wurde, daß dieselbe der Reichs-Finanz-Verwaltung unbequem sein müßte. Nachdem jedoch diese Frage im britischen Parlamente zur Sprache gekommen, hat dieselbe eine andere Bedeutung gewonnen. Ich für meinen Theil glaube nach wie vor nicht, daß die Regierung die Absicht hat, eine Aenderung vorzunehmen; ich halte es auch heute nicht für wünschenswerth, die Frage hier zur Diskussion zu bringen: aber wir sind der Ansicht gewesen, daß, nachdem die Frage in dieser Weise vor ganz Europa als eine zweifelhafte hingestellt ist, es nothwendig sei, Auskunft von der Regierung zu erbitten und zwar deshalb, weil ganz unleugbar eine im Auslande sich festwurzelnde Anschauung eine unzweifelhaft nachtheilige Wirkung auf den internationalen Verkehr haben müsse. Ich lege zwar auf diplomatische Depeschen nicht einen sehr großen Werth, auch nicht darauf, was ein sehr bedeutendes Mitglied des britischen Unterhauses über die Frage geäußert, aber ich glaube annehmen zu dürfen, daß für die Mehrzahl derjenigen, für welche die vorliegende Frage von Interesse ist, der Wunsch nahe liegt, der Unsicherheit, welche durch diese Mittheilungen in unseren Verkehr mit dem Auslande gebracht werden könnte, ein Ende zu machen. Deshalb haben wir die Interpellation gestellt.

Reichskanzler Fürst Bismarck: Wenn ich mich an den Wortlaut der Juterpellation halten wollte, so könnte ich zweifelhaft sein, wer der Adressat ist, an den dieselbe gerichtet ist. Der Ausdruck „Regierung" in Bezug auf die Reichsgeschäfte kommt in der Verfassung nicht vor, und wenn er gebraucht wird, so kann man sehr verschiedene Organe darunter verstehen. Ich will indessen nur sagen, daß ich es für meinen Theil nicht für nützlich halte, einen so wichtigen und für unseren Kredit und unser wirthschaftliches Leben so einschneidenden Gegenstand hier so beiläufig, gewissermaßen akademisch ohne jede geschäftliche Anregung zur Sprache zu bringen. Der Vorredner hat selbst gesagt, es sei schon vor einigen Wochen die Absicht gewesen, eine solche Interpellation zu stellen; man habe aber davon Abstand genommen in der Meinung, daß man mit derselben der Reichs-Finanzverwaltung Schwierigkeiten bewirken könnte. Ich halte diese Erwägung für eine sehr weise. Warum man jetzt von derselben abgewichen, begreife ich nicht. Wenn ein der Regierung so nahe stehender Staatsmann, wie der Herr Vorredner, die Frage hier zur Sprache bringt, muß nicht die ganze Welt derselben eine besondere Bedeutung beilegen, während es so leicht gewesen wäre, Erkundigungen darüber vorher einzuziehen. Ich halte die Interpellation nicht für wohl überlegt. Die Zeitungen haben ein Bedürfniß, sich einmal zum Ausdrucke der sittlichen Entrüstung mir gegenüber zu machen, und dann brauchen sie auch in dieser ereignißarmen Zeit, wo nichts in der Welt passirt, neuen Stoff. Mir stellen Sie nun die Aufgabe, die durch die Interpellation angeregten Zweifel zu beseitigen. Wie kann ich denn das, wenn ich auch sage, ich habe eine solche Absicht nicht. Wenn ich auch erklärte, ich habe nicht die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer Aenderung unserer Münzgesetzgebung, könnten nicht die anderen Regierungen ganz anderer Meinung sein? Mit einer einfachen Erklärung räumen wir die Zweifel nicht aus dem Wege. Ich kann versichern, daß von keiner Seite, weder im Bundesrathe, noch im preußischen Ministerium ein Antrag auf eine Aenderung unserer Münzgesetzgebung gestellt, eine solche Aenderung zur Sprache gebracht oder auch nur mit einem Worte erwähnt worden ist. Die einzige Thatsache, aus der sich die Legende anscheinend gebildet hat, besteht darin, daß ich die Anordnung getroffen habe, den Silberverkauf einstweilen einzustellen, indem der Verlust bei dem gegenwärtigen Sinken des Silberpreises ein so großer ist, daß ich für meinen Theil die Verantwortlichkeit dafür nicht mehr tragen kann. Daß diese Maßregel in denjenigen Kreisen, welche an dem Silberverkaufe Gewinn hatten, Mißvergnügen hervorgerufen hat, ist selbstverständlich, und dieses Mißvergnügen verkörpert sich dadurch, daß man allerhand abenteuerliche Pläne über die Aussicht reaktionärer Maßnahmen auf allen möglichen Gebieten in der Presse verbreitet. Verwunderlich ist mir gewesen die Thatsache, daß ein bloßes Gerücht Gegenstand einer amtlichen Aeußerung werden konnte, es ist indeß nicht meine Aufgabe, die Gründe zu ermitteln, welche die englische Regierung dabei geleitet haben. Im Uebrigen möchte ich darauf aufmerksam machen, daß eine solche Aenderung unserer Münzgesetzgebung gar nicht ohne die Zustimmung des Reichstages erfolgen kann. Es bedarf dazu eines Gesetzes, und es würde Ihnen nicht an Zeit fehlen, ein solches Gesetz nachdrücklich zu bekämpfen. Ich möchte deshalb bitten, eine weitere Diskussion nicht an diese Frage zu knüpfen, wünsche aber, daß Sie über den Verkauf an Silber noch den neben mir sitzenden Herrn Präsidenten der Reichsbank hören.

Präsident der Reichsbank v. Dechend erklärt zunächst, daß der Verlust an dem bis jetzt verkauften Silber im Betrage von 539 Millionen $14^{1}/_{5}$ pCt., in Zahlen 89,484,073 Mk. betragen habe (Rufe: Hört! Hört!), wovon allerdings circa $24^{1}/_{2}$ Millionen für Abnutzung und an Minderwerth in Abzug zu bringen seien. In neuerer Zeit sei aber der Silberwerth ganz erheblich gesunken, die Verluste am Silber stellen sich noch höher. Der Verlust würde für uns von 90 auf 100 Millionen gestiegen sein, wenn wir das Silber zu dem Preise verkauft haben würden, für welchen wir in den letzten 5 Monaten haben verkaufen müssen. Ich bin an große Zahlen gewöhnt, und ich war auch von vornherein überzeugt, daß mit einer durchgreifenden Münzreform auch große Verluste unzweifelhaft verknüpft sein werden, aber ich bin dennoch vor dieser Zahl erschreckt, und ich glaube, daß hier im Hause nur wenige Herren sein werden, die dieses Gefühl nicht mit mir theilen. Es hat mich dies veranlaßt, dem Herrn Reichskanzler diese Maßregel dringend zu empfehlen. Welche Folge diese Maßregel haben wird, kann ich heute noch nicht übersehen, aber sie hat bereits die Wirkung gehabt, daß der Silberpreis auf 52 gestiegen und sich auf dieser Höhe erhalten hat.

Auf den Antrag des Abgeordneten Bamberger wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten.

Abg. Dr. Bamberger weist die Behauptung, daß die Interpellanten sich nicht bemüht, auf privatem Wege Erkundigungen über die verbreiteten Gerüchte einzuziehen, auf das Entschiedenste zurück. Für das Gegentheil habe er klassische Zeugen. Er habe schon vor Monaten bei dem Präsidenten des Reichskanzleramts Audienz gehabt und ihm erklärt, daß man bei der Berathung des Etats diese Frage anregen wolle; seine Antwort sei dahin gegangen, daß er nichts von der Sache wisse. Seitdem seien in der Regierung nahestehenden Blättern, wie der „Nordd. Allg. Ztg.", Artikel erschienen, in welchen angekündigt wurde, daß mit der ganzen nationalliberalen Gesetzgebung aufgeräumt werden solle, und daß die Münzgesetzgebung ebenfalls an die Reihe kommen werde. Die „Volkswirthschaftliche Correspondenz" des Herrn v. Kardorff habe allwöchentlich Artikel gebracht, aus welchen entschieden zu erkennen gewesen sei, daß die Regierung einen solchen Schritt beabsichtige. Dem Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts sei noch am Sonnabend die Absicht ausgesprochen worden, daß eine solche Interpellation einzubringen sei. Wenn der Reichskanzler gesagt hat, es sei an sich gar kein Grund, auf solche Gerüchte hin, auch wenn sie aus England gekommen seien, sich zu beunruhigen, so muß ich ganz einfach antworten: die Sache ist, folglich kann sie auch sein. Wenn der Reichskanzler, — ich will einmal davon absehen, ob das vielleicht eine Insinuation gewesen ist, wenn er eine Andeutung gemacht, als könnten vielleicht Leute, die Silber verkaufen, interessirt sein, die Silberverkäufe nicht sistirt zu sehen, — so wäre es unter der Würde des Reichstages und meiner Person, dergleichen Konjekturen von irgendwie auch nur zu widerlegen. Aber Diejenigen, die mich am meisten drängten zu interpelliren, sagten: hier liegt eine Nachricht von Lord Odo Russel vor, der englische Generalkonsul in Berlin ist Mitglied des Ausschusses der Reichsbank (Hört!) und was liegt nun näher, als zu denken, daß Lord Russel, wenn er seiner Regierung einen offiziellen Bericht über die Ansichten in maßgebenden finanziellen Kreisen geschickt, sich bei seinem Generalkonsul, der zugleich Mitglied des Ausschusses der Reichsbank ist, erkundigt haben wird. Die Vermuthung, daß Lord Russel aus nicht ganz gleichgiltigen Quellen geschöpft habe, war also nicht so unbegründet, zumal man wußte, daß die betreffenden Finanzleute, die sich für Autoritäten in diesen Dingen halten, auch von jeher der Meinung waren, Deutschland hätte Unrecht gethan, die Doppelwährung zu verlassen. Natürlich mußten diese Kommentare auch auf die Börsen in Deutschland und im Ausland, da diese ja von solchen Dingen sofort Akt nehmen, starken Einfluß ausüben. Mit dieser Motivirung habe ich genug für die unabweisbare Nothwendigkeit des Schrittes, der uns aufgedrängt worden ist, gesagt. Jede Abfertigung der Interpellanten durch den Reichskanzler, um ihnen zu sagen, wie könnt ihr so thöricht sein, zu glauben, Deutschland denke unter den jetzigen Umständen an eine Abschaffung der Goldwährung im Prinzip, wäce mir willkommen gewesen, sie hätte nicht scharf genug sein können, und wenn der Reichskanzler gesagt hätte, ich erkläre die Leute für wahrhaft lächerlich, weil sie es für nöthig halten, eine solche Interpellation zu stellen, so hätte ich das mit größtem Danke entgegengenommen. (Große Heiterkeit.) Kein civilisirtes Land hat mehr die Doppelwährung. (Oho! rechts.) In den Aktenstücken der letzen Pariser Konferenz ist es konstatirt. Nur die kleinen Abenteuerstaaten in Central-Amerika haben etwas der Art, und auch diese nicht einmal in Form einer wirklichen Gesetzgebung. Dabei ist außerdem Deutschland in der glücklichsten Lage von allen Ländern, wir haben nur die 300, oder hoch gegriffen 400 Millionen Mark noch zu verkaufen. Unter den wirklich Sachverständigen sind nur wenige originelle Köpfe, die behaupten, Deutschland wäre jetzt wohlberathen, wenn es jetzt irgendwie den Gedanken fassen könnte, an seiner Münzgesetzgebung zu rühren. Ich hoffe, der Reichskanzler wird das auch bestätigen; und mich, da er es noch nicht gethan hat, nachträglich auslachen, daß ich die Interpellation für nöthig hielt. (Beifall links.)

Reichskanzler Fürst Bismarck: Ich nehme in der That nochmals das Wort, aber nicht, um den Herrn Vorredner auszulachen, sondern um meiner Betrübniß Ausdruck zu geben, daß er durch seine letzte Rede den Eindruck, als ob die tüchtigsten Fachmänner oder Kenner zweifelhaft wären an der Stetigkeit unserer Münzgesetzgebung, wesentlich gesteigert hat. War denn seine Rede während der letzten halben Stunde nicht ein Plaidoyer, das nur dann am Platze wäre, wenn bereits von der Regierung die Rückkehr zur Doppelwährung bei Ihnen beantragt wäre? (Sehr richtig!) Herr Abg. Bamberger hat im Anfange seiner Rede, der minder wohlwollend war als das Ende, gesagt, ich hätte verlangt, gefragt zu werden, ob die Interpellation eingebracht werden solle, das ist nicht richtig; ich habe nur gesagt, daß ich gewünscht hätte, sie vorher angezeigt zu erhalten und damit hat doch auch die Unterredung gar nichts zu thun, die er vor 3 Monaten mit dem Herrn Präsidenten Hofmann gehabt hat. Näher liegt schon, daß er denselben Herrn beauftragt hat, mir mitzutheilen, es sei eine solche Interpellation beabsichtigt. Ich habe da dem Herrn Präsidenten Hofmann gesagt, ich kann mir das gar nicht denken, ich habe wohl gesagt, die Interpellation ist mir unangenehm, — dem Herrn Präsidenten Hofmann gegenüber habe ich mich wohl stärker ausgedrückt, aber es ist zu höflich, das zu wiederholen, ich wiederhole es auch nicht (Heiterkeit) — ich habe aber gesagt, wenn eine Interpellation kommt, soll sie beantwortet werden. Ich kann aber nicht leugnen, daß eine Interpellation, die sich nur auf anderweite Mittheilungen, nicht aber auf bestimmte Thatsachen stützt, mir wie eine Demonstration erscheint, die einen feindseligen Eindruck macht. Ich habe unter den Unterzeichnern Manche gefunden, auf deren Beistand und Freundschaft ich hohen Werth lege, meist sind es aber diejenigen, welche die Gewohnheit haben, bei den Abstimmungen über den Zolltarif in der Minderheit zu bleiben. Wenn es aber gewünscht wird — wir haben den Sommer vor uns —, dann können wir uns ja darüber noch aussprechen. Und ist denn der Weg zu mir weiter als der zum Präsidenten Hofmann? Namentlich für den ersten Interpellanten wäre es ein Leichtes gewesen, mich zu befragen; ich hätte ihm unter vier Augen unumwundener antworten können, als ich es hier zu thun vermag. Wer hat denn die Zeitungsartikel geschrieben, auf denen die Interpellation beruht? Wer weiß das? Was aber die Silberverkäufe angeht, so machen die Klagen auf jeden redlichen Deutschen doch einen ganz anderen Eindruck, wenn sie von England kommen, als wenn wir sie hier in deutscher Sprache hören. Wenn aber dann weiter der Herr Vorredner insinuirt, daß der muthmaßliche Urheber der Gerüchte der britische General-Konsul Bleichröder sei, wenn weiter durch skandalöse Prozesse bekannt ist, daß dieser in privaten Dingen auch mein Geschäftsführer und Banquier ist, so ist mir dabei das Gefühl gekommen, als hörte ich nicht die Präsidentenglocke, sondern Klänge einer anderen Glocke (Unruhe) (Es ist die Gehlsen'sche „Reichsglocke" gemeint. Anm. d. Red.) und ich bitte den Vorredner, mich nicht auf dieses Gebiet herauszufordern. (Bewegung.) Ich hätte solche Anklänge hier nicht für möglich gehalten. Mir ist bekannt, daß Herr von Bleichröder ein Gegner der Goldwährung war und noch ist, das wird aber dem englischen Botschafter ebenso gut bekannt gewesen sein, und er würde daraufhin nicht nach London berichtet haben. Ich bestreite, daß wegen etwaiger unüberlegter Schritte der Regierung heute eine so bedeutende Beunruhigung besteht, die eine Widerlegung nöthig hätte, und wenn die Interpellation blos den Zweck haben sollte, diese Beruhigung zu bringen, dann ist sie wohl verfehlt gewesen. (Beifall.)

Präsident der Reichsbank v. Dechend: Es ist darauf hingewiesen, Herr von Bleichröder müsse als Mitglied des Central-Ausschusses der Reichsbank die Silberbestände genau kennen, und es ist daraus geschlossen, er sei die Quelle der Gerüchte. Was er von der Bank weiß, hat doch mit den Absichten der Regierung nichts zu thun. Ich bin überzeugt, daß er nicht die Quelle ist.

Präsident des Reichskanzleramts Hofmann: Ich wollte nur erklären: Die Absicht, im Falle

einer befriedigenden Erklärung des Reichskanzlers die Interpellation fallen zu lassen, ist mir gegenüber nicht geäußert worden. (Hört!)

Abg. v. Kardorff: Nach meiner Auffassung hätte die Regierung nicht weiser und vorsichtiger handeln können, als sie in der gegenwärtigen Situation gehandelt hat. Sie hat sich nach keiner Richtung präjudizirt, sondern nur gesagt, ich will die Silberverkäufe vorläufig sistiren. Wir haben alle Ursache, der Regierung unseren aufrichtigen Dank zu sagen, daß sie den Schritt gethan hat, der im deutschen Interesse wesentlich liegt, und für das deutsche Vaterland sich heilsam erweisen wird, und unsere Münzpolitik nach keiner Richtung präjudizirt.

Abg. Schröder (Lippstadt): Auch ich habe mit dem Herrn Reichskanzler das Gefühl gehabt, die Interpellation sei nicht opportun, darum haben wir (das Centrum) geschwiegen, obwohl wir Gegner der Goldwährung sind. Eine definitive Erklärung habe ich von der Reichsregierung heute gar nicht erwartet; ich freue mich aber über die Suspension der Silberverkäufe, die nur das thut, was wir vor Jahren in einer Resolution vorgeschlagen haben.

Die Diskussion wird geschlossen.

Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen der Abgg. von Kardorff, Sonnemann und des

Abg. Dr. Bamberger: Ich bin erstaunt gewesen, daß der Reichskanzler glauben konnte, daß ein Abgeordneter es wagen könnte, die Niederträchtigkeiten hier wieder aufzunehmen, die vor Jahren in gewissen Zeitungsartikeln niedergelegt waren, am wenigsten ich, auf dessen Person jene Artikel mitgemünzt waren.

Damit ist die Interpellation erledigt.

Hierauf wird die zweite Berathung des Zolltarifs fortgesetzt.

An die Pos. 15d (See- und Flußschiffe, einschließlich der dazu gehörigen gewöhnlichen Schiffs-Utensilien, Anker, Anker- und sonstigen Schiffsketten, wie auch Dampfmaschinen und Dampfkessel, frei) knüpft sich eine längere Diskussion, an welche Abg. Mosle für die dritte Lesung einen Antrag in Aussicht stellt auf Erhebung einer Registrirungsabgabe für ausländische Schiffe.

Die Abgg. Dr. Delbrück, Stumm, Dr. Wolffson und Rickert erklärten sich gegen diesen in Aussicht gestellten Antrag.

Pos. 16: Kalender, frei, sowie Pos 24: Literarische und Kunstgegenstände, werden nicht beanstandet.

Pos. 26: Oel und Fette, frei, wird nach der Regierungsvorlage angenommen.

Ein Antrag der Abgg. Dr. Stephani und Möring, auch Ricinusöl frei eingehen zu lassen, wird mit 124 gegen 102 Stimmen abgelehnt.

Hierauf wird die Sitzung vertagt.

Schluß 5 Uhr.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr.

Tagesordnung: Zweite Lesung des Gesetzes über die Verfassung und Verwaltung Elsaß-Lothringens und Zolltarif.

Deutschland.

** **Berlin**, 19. Juni. Se. Majestät der Kaiser hat auf Antrag des Staatsministeriums genehmigt, daß die in der Nachbarschaft des Raczynski-schen Hauses auf dem Königsplatze belegenen fiskalischen Grundstücke, welche das Reich sammt dem Raczynski'schen Hause für die Errichtung eines Reichstagsgebäudes zu erwerben wünscht, dem Reiche unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Man begegnet jetzt häufig der Annahme, die Reichsregierung dränge auf den Schluß des Reichstages spätestens bis zum 6. Juli. So viel ich höre, herrscht in Regierungskreisen nicht die Zuversicht, daß die Geschäfte bis dahin jedenfalls erledigt werden können. Noch weniger aber giebt man der Absicht Raum, den Reichstag vor Erledigung der wichtigen schwebenden Fragen zu schließen oder zu vertagen.

Wie ich seiner Zeit gemeldet, hat nach dem Erlaß des Gesetzes betreffend die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst vom 11. März d. J. das Staatsministerium sofort ein Regulativ zur Ausführung dieses Gesetzes berathen, welches unterm 29. Mai durch den „Staatsanzeiger" veröffentlicht worden ist. In einer neuerlichen Verfügung hat der Minister des Innern die Provinzial-Behörden auf dieses Regulativ verwiesen in Betreff der Frage, ob es zulässig ist, die Anwesenheit und Mitwirkung der Referendare nicht nur bei den öffentlichen Sitzungen der Bezirksverwaltungsgerichte, sondern auch bei den Berathungen über die betreffenden Entscheidungen zu gestatten. Im Einverständniß mit dem Oberverwaltungsgericht wird seitens des Ministers diese Frage bejaht. Der Minister führt nach Analogie anderer Behörden aus, daß an den Berathungen zwar nur die Mitglieder der Gerichte theilzunehmen haben, daß aber die Anwesenheit auch anderer Personen doch zulässig sei. Hiernach werden die Referendare während der Beschäftigung bei den Bezirksgerichten regelmäßig an den Sitzungen und Berathungen dieser Behörden theilzunehmen haben, außerdem aber nicht nur durch Referiren, sondern auch in dem laufenden Dezernat des Direktors oder des zweiten ernannten Mitgliedes beschäftigt werden müssen, da diese Thätigkeit besonders geeignet sei, in die Kenntniß der bestehenden Kompetenzverhältnisse und der Bestimmungen über das Verfahren einzuführen.

Provinzielles.

Stettin, 20. Juni. Die Gewinne der aus Anlaß der goldenen Hochzeitsfeier des deutschen Kaiserpaares veranstalteten Lotterie zum Besten solcher militärischer Hülfsbedürftigen, welche vom Staate nach der bestehenden Gesetzgebung nicht, oder nicht ausreichend unterstützt werden können, sind nunmehr angekauft, und zwar: Der erste Hauptgewinn (Silberwerth 5000 Mk.), bestehend aus einem Besteck für 24 Personen, 1 Paar Armleuchtern, 2 Paar Fruchtschalen; der zweite Hauptgewinn (Silberwerth 3000 M.), bestehend aus 1 Tafelaufsatz, 2 fünfarmigen Leuchtern und 2 Fruchtschalen in Renaissancestyl, reich vergoldet und oxydirt; der dritte und vierte Hauptgewinn (Silberwerth 2000 M.) besteht je aus einem Besteck nebst Zubehör für 18 Personen; ferner drei Hauptgewinne im Werthe von je 1000 M., und zwar: 1 Stutzflügel, 1 silbernes Besteck für 12 Personen und 1 Thee- und Kaffee-Service; die Gewinne à 500 M. bestehen größtentheils auch aus Silbergegenständen. Die Ziehung findet am 24. d. M. bestimmt statt und ist der größte Theil der Loose bereits vergriffen.

— Am Donnerstag, den 26. d. Mts., Vormittags 11 Uhr, findet in Massow eine Pferde-Prämiirung und nach deren Beendigung eine Sitzung des dortigen landwirthschaftlichen Vereins statt. Auf die Tagesordnung sind gesetzt: Geschäftliche Mittheilungen, Prämiirungsbericht, Bericht über die Verhandlungen der Central- und General-Versammlung der Pomm. ökonomischen Gesellschaft.

— Bei der am Montag beginnenden dritten diesjährigen Schwurgerichtsperiode führt Herr Kreisgerichtsrath Küster den Vorsitz, als Beisitzer fungiren die Herren Kreisgerichtsräthe Itzinger, Milentz, Schmidt und Voigt. Zur Verhandlung kommen folgende Anklagen: „Am 23. wider die früheren Wächter Hermann Alb. Jul. Andres und Jul. Gustav Hübner, Beide von hier, wegen Amtsverbrechen; wider den Bierverleger und Essigfabrikanten Robert Heinrich Behnke aus Gartz a. O. wegen Urkundenfälschung; wider die unverehelichte Marie Elise Klatte und unverehel. Aug. Klatte aus Königsberg i. N.-M. wegen schweren Diebstahls und wider den Arbeiter Joh. Friedrich Wilhelm Schlichting aus Rosengarten wegen schweren Diebstahls; am 24. wider den Magistrats-Bureau-Assistenten Carl Aug. Friedr. Straßburg von hier wegen Urkundenfälschung; wider den Arbeiter Carl Ludwig Herm. Hauck, den Maurer Ernst Mich. Joh. Hoeft, den Nagelschmied Joh. Carl Aug. Sigismund Borchardt und dessen Ehefrau und die Wittwe Federmann, geb. Vogt, sämmtlich aus Alt-Damm, wegen schweren Diebstahls resp. Hehlerei und wider den Arbeiter Aug. Ratunde aus Podejuch wegen Nothzucht; am 25. wider den Arbeiter Aug. Heinrich Lehmann aus Gartz a. O. wegen Bigamie, wider den Knecht Gottfried Pelikan aus Priemhausen wegen vorsätzlicher Brandstiftung; wider den Formerlehrling Carl August Wilhelm Fiereck aus Bollinchen und den Arbeiter Friedrich Schmenkel aus Frauendorf wegen wissentlichen Meineides; am 27. wider den Arbeiter Heinrich Gottlieb Aug. Neumann, den Fuhrmann Heinr. Friedr. Ferd. Campke und Fuhrmann Carl Friedr. Ferd. Wegner, sämmtlich von hier, wegen Münzverbrechens.

— Daß ein Streit, welcher wegen geringfügiger Ursache begonnen, oft die schlimmsten Folgen nach sich ziehen kann, zeigte wieder eine Verhandlung in der heutigen Sitzung der Kriminal-Deputation des hiesigen Kreisgerichts, in welcher der Schuhmachermeister Carl Wilh. Aug. Goetsch wegen schwerer Körperverletzung angeklagt war. Am 7. Februar d. J. saß derselbe mit seiner Frau und seinem Schwager in seiner damaligen Wohnung in der Kronprinzenstraße beim Abendbrod, welches aus Kartoffeln und Hering bestand. Dabei entstand zwischen den Eheleuten ein Streit wegen eines — Heringsschwanzes, welcher bald in Thätlichkeiten überging und wobei Goetsch ein offenes Taschenmesser ergriff und damit seiner Frau einen Stich in den Bauch in der Nabelgegend versetzte, an dessen Folgen die Frau 3 Wochen im Krankenhause zubringen mußte. Goetsch behauptet, daß sich die Frau den Stich selbst beigebracht habe, um ihn ins Gefängniß zu bringen; da jedoch die Beweisaufnahme diese Behauptung nicht bestätigte, wurde Goetsch zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt.

Am zweiten Pfingstfeiertage saßen die Arbeiter Pandel, Carl Friedr. Gust und Bernh. Carl Zamzow in dem Jasper'schen Schanklokal auf der Silberwiese und würfelten ihre Zeche aus, dabei kam es zwischen denselben zum Streit und Gust ergriff ein Bierseidel und schlug damit dem Pandel derartig auf den Kopf, daß er bewußtlos zusammenbrach. Der Wirth sprang dazwischen, um den Streit zu schlichten, wurde jedoch von Zamzow angegriffen und mit einem Seidel über den Kopf gehauen, daß er stark blutete und in Folge der erhaltenen Wunden 8 Tage das Bett hüten mußte. Da Gust und Zamzow auch auf die Aufforderung des Jasper dessen Lokal nicht verlassen hatten, waren sie wegen Körperverletzung und Hausfriedensbruchs angeklagt und wurde deshalb Gust zu 3 Monaten 3 Tagen, Zamzow zu 4 Monaten 3 Tagen Gefängniß verurtheilt.

Der bereits vielfach bestrafte Fleischergeselle Ferdinand Zandt aus Persanzig entwendete am 2. Juni dem Strohhutfabrikanten Schulz ein Paar neue Lackstiefel im Werthe von 18 Mark. Mit Rücksicht auf seine Vorstrafen trifft ihn dafür eine Gefängnißstrafe von 5 Monaten und Verlust der Ehrenrechte auf 1 Jahr.

— Zur Beförderung der Materialien wird auf der Werft der Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft Vulkan in Bredow eine Arbeitsmaschine benützt. Dieselbe fuhr gestern in die Oder, wurde jedoch im Laufe des Nachmittags wieder mittelst Krahn gehoben und ans Land gebracht.

Cöslin, 18. Juni. Die Kunde eines entsetzlichen Brandunglücks durchläuft seit gestern Abend die Stadt. Grünhaus, das der älteren Generation bekannte Gehöft am Jamunder See, von welcher Bucht aus die Fahrten über den See nach Nest angetreten wurden, ehe die Chaussee nach Möllen gebaut war, ist gestern Nachmittag abgebrannt. Ein alter Mann und eine Frau, die sich in das brennende Haus wagten, um Habseligkeiten zu retten, kamen in den Flammen um. Der alte Mann soll der Schwiegervater, Namens Marx, gewesen sein; die umgekommene Frau hinterläßt ihrem Manne, der auf dem Felde mit Torfstechen beschäftigt war, fünf Kinder. Ueber die Entstehung des Feuers verlautet nichts Bestimmtes; es soll im Stall ausgekommen sein, wo auch 2 Kühe umkamen.

Tribsees, 17. Juni. Zu der letzten Versammlung des hiesigen Bienenzucht-Vereins waren Deputirte des Franzburg-Richtenberger Vereins erschienen, um für eine Vereinigung ihres Vereins mit dem unsrigen zu agiren und ferner den Tag eines gemeinschaftlich zu feiernden Imkerfestes festzusetzen. Die Verhandlung über die Vereinigung kam zum erwünschten Abschluß und somit wird der Tribsees'er Bienenzucht-Verein in steter Fühlung mit denjenigen von Richtenberg-Franzburg und Sülze bleiben, über dessen Anschluß an unsern Verein wir bereits berichteten. Als Tag des Imkerfestes, an welchem voraussichtlich auch die Franzburger Seminaristen Theil nehmen und durch Gesangsvorträge zur Verschönerung des Festes beitragen werden, wurde der 22. Juni bestimmt. Die Feier wird im sogenannten Lindenbusch des Gutes Semlow stattfinden, welchen der Regierungs-Präsident Herr Graf von Behr-Negendank den Bienenzüchtern bereitwilligst zur Verfügung gestellt hat. Außerdem wird es den Besuchern des Festes gestattet sein, sich im Parke zu ergehen.

Vermischtes.

— Der Vater des französischen parlamentarischen Skandalmachers par excellence, der alte Granier de Cassagnac, veröffentlicht noch immer Fortsetzungen seiner Erinnerungen aus der Zeit des zweiten Kaiserreichs. Er erzählt da u. A. eine ganz interessante Anekdote, wie der Prinz Louis Napoleon, damals noch der Präsident der Republik, zum ersten Mal zum Namen Napoleon III. gekommen ist. Der Prinz hatte eine Reise nach dem Berry gemacht. Herr v. Persigny hatte von Paris aus die Maires bearbeitet — Herr Granier de Cassagnac erzählt das Alles ohne die leiseste Gène — damit sie für die nöthige Begeisterung für den Prinzen sorgen sollten. Herr Pastoureau, ein besonders treu Ergebener, hatte noch ein Circular an alle Maires verschickt, in dem es hieß: „Was Louis Napoleon bei Euch finden will, das sind keine glänzende Feste, das ist das Zusammenströmen der Bevölkerung, das ist das Vergnügen, sich in der Mitte dieser Menge zu befinden und sie freudig seine Gegenwart begrüßen zu sehen. Mögen Eure Zurufe es beweisen! Der Prinz wisse, daß in dem Berry nur ein Name und ein Ruf alle Herzen vereinigt. Dieser Ruf, wir alle wollen ihn wiederhallen lassen vor dem Neffen des großen Kaisers: „Es lebe Napoleon!!!" Ob nun in der betreffenden Buchdruckerei in Bourges nicht genügend Interpunktions-Zeichen vorhanden waren, ob ein Druckfehler vorlag — genug, es ereignete sich Folgendes: Herr Pastoureau hörte in Bourges, als der Prinz-Präsident sich zeigte, durchweg in der Bevölkerung rufen: „Es lebe Napoleon III." Erstaunt erkundigt er sich bei den Maires, was denn dieser neue Ruf bedeute — und diese zeigen ihm sein Circular, das ihn denn nun belehrte, daß statt der drei Ausrufungszeichen, die er hinter den Namen Napoleon gesetzt hatte, eine römische Drei gedruckt worden war. So war der Prinz-Präsident zuerst zu dem Titel „Napoleon III." gekommen, dessen Heimstätte also eigentlich Bourges ist . . . . .

Literarisches.

So eben ist im Verlage von Chun in Berlin erschienen:

Kögel, Predigt zur goldenen Hochzeit Ihrer Majestäten des Kaisers und der Kaiserin. [117]

Mathes, Allgemeine kirchliche Chronik für 1878. Verlag von Händke u. Lehmkuhl in Hamburg. Wir haben bereits wiederholt auf dies treffliche Buch aufmerksam gemacht, welches über alle kirchlichen Ereignisse des letzten Jahres ausführlich berichtet. Wir machen alle für die Kirche sich Interessirenden auf das Werk aufmerksam und empfehlen dasselbe. [106]

Nur ein Ehebund, der sittlichen Zielen gelte, könne zum Eckstein ethischer Neubildung werden. Da es aber nur eine Wahrheit, eine Liebe, ein Sittliches im Leben geben könne (zwei Wahrheiten müßten doch zum Streit führen!), könne nur jene Ehe Gewähr für die Erreichung gedachter Ziele bieten, in der die Gatten von gleichen sittlichen Prinzipien erfüllt wären.

Eine solche paritätische oder, wie Verfasser sagt, auf voller Uebereinstimmung über die sittliche Natur des Menschen beruhende Ehe hält Verfasser als die einzige, aber auch unversiegbare Quelle sittlicher Eudämonie der Gatten und sittlicher Neubildung in der Familie.

Dies der Vorwurf dieser Spezial-Arbeit des Verfassers. [105]

Wollberichte.

Berlin, 19. Juni. Die Zufuhren zum diesjährigen Wollmarkt auf dem Viehhofe betragen ca. 31,000 Ctr., ca. 5000 Ctr. mehr als voriges Jahr. Das Geschäft, welches gewöhnlich um 6 Uhr Morgens seinen Anfang nimmt, ist bis jetzt, 11 Uhr Vormittags, noch nicht entschieden. Bis jetzt wurde etwa 1/4 des Quantums theils zu vorjährigen Preisen, theils 1 bis 2 Thaler darüber verkauft. Die ungerechtfertigten hohen Forderung[en] der Verkäufer lassen einen flotteren Verkauf nicht eintreten und das fortwährende Regenwetter verhindert den regelmäßigen Verkehr im höchsten Grade. Wahrscheinlich wird erst am Nachmittag die Konjunktur sich entscheiden.

Telegraphische Depeschen.

Dresden, 19. Juni. Der König und die Königin reisen heute Abend nach Regensburg, um der daselbst am 21. Juni stattfindenden Vermählung des Prinzen von Hohenzollern mit der Prinzessin von Thurn und Taxis beizuwohnen.

Wien, 19. Juni. Der „Polit. Corr." zufolge ist in Wiener maßgebenden Kreisen über das angeblich von der französischen Regierung gestellte Verlangen der Absetzung des Khedive bis heute Mittag nichts bekannt gewesen.

Bern, 19. Juni. Der Ständerath hat sich, abweichend vom bezüglichen Beschlusse des Nationalraths, mit 29 gegen 12 Stimmen für die sofortige Erhöhung des Tabakszolles und des Spritzolles ausgesprochen.

Brüssel, 18. Juni. Der Senat hat heut den Gesetzentwurf über den Volksunterricht mit 33 gegen 31 Stimmen angenommen.

Brüssel, 19. Juni. Die Repräsentantenkammer berieth heute den die Revision der Civilprozeßordnung betreffenden Gesetzentwurf und beschloß mit 41 gegen 33 Stimmen, die Verpflichtung zur Zuziehung von Sachwaltern (avoués) beim Civilprozesse beizubehalten.

Paris, 19. Juni. Der Marineminister hat beschlossen, zum Schutze der Interessen der französischen Staatsangehörigen in dem zwischen Chili und Peru ausgebrochenen Kriege 3 Kreuzer nach dem stillen Ozean abzusenden.

Die Delegirten der zur lateinischen Münzkonvention gehörigen Staaten haben sich über eine zusätzliche Vereinbarung zu der Konvention vom 5. November 1878 geeinigt. Danach werden die Bestimmungen der Konvention zwar aufrecht erhalten, Italien wird aber die Option zugestanden hinsichtlich der Einziehung der kleinen italienischen Papierbanknoten, die durch kleine Stücke Scheidemünze ersetzt werden sollen, welche die übrigen Staaten der Münzvereinigung Italien gegen Bezahlung zu liefern haben. Ein diese zusätzliche Vereinbarung genehmigender Gesetzentwurf wird der Kammer vorgelegt werden.

Paris, 19. Juni. Die „Agence Havas" meldet aus Kairo von heute: Wie verlaute, zeigten sich die egyptischen Minister für eine Abdankung des Khedive nahezu günstig gestimmt, dieselben würden nach dieser Richtung hin auch von dem englischen und französischen Konsul mit Rathschlägen versehen. Letztere würden die Zusicherung ertheilen, daß dem künftigen Khedive die Regelung der Finanzfragen und die Einrichtung einer neuen Regierung erleichtert werden solle. Der Khedive selbst sei unentschieden.

Versailles, 19. Juni. Die Kommission hat Gambetta zum Vorsitzenden und Jules Simon zum Berichterstatter gewählt.

Versailles, 19. Juni. Bei Wiedereröffnung der Sitzung des Kongresses theilt der Präsident die Namen der in die Kommission gewählten Mitglieder mit, die Kommission besteht danach lediglich aus Republikanern. Mehrere Mitglieder der Rechten protestiren gegen die Ausschließung der Minorität aus der Kommission. Baudry d'Asson bringt gegen ein solches Vorgehen einen Tadelsantrag ein, der Antrag wird bei Stellung der Vorfrage abgelehnt und die Sitzung bis Abends 6 Uhr vertagt.

Versailles, 19. Juni. Sitzung des Congresses. Jules Simon verliest den Bericht der Commission, der mit dem Antrag schließt, den Artikel 9 der Verfassung einfach aufzuheben und welchem hinzugefügt ist, die Rückverlegung der Kammern nach Paris sei nothwendig, um die Hauptstadt dem Lande wiederzugeben. Gleichzeitig wird sofortige Berathung beantragt. Buffet stellt den Antrag, die Berathung bis morgen zu vertagen, damit die Diskussion eine eingehendere, gründlichere sein könne. Der Antrag wird abgelehnt. Der Legitimist Lucien Brun erklärt, er werde gegen die Rückkehr der Kammern nach Paris stimmen, um sich im Hinblick auf die Ereignisse, die er kommen sehe, von jeder Verantwortung frei zu machen. Cassagnac kündigt an, er werde für die Rückkehr der Kammern nach Paris stimmen, weil er überzeugt sei, daß dieselbe den Sturz der Republik zur Folge haben würde. Der Gesetzentwurf, welcher Artikel 9 der Verfassung für aufgehoben erklärt, wird darauf mit 549 gegen 262 Stimmen angenommen.

Nach einem durch Reklamationen der Rechten hervorgerufenen, aber nicht erheblichen Zwischenfalle, erklärte der Präsident Martel die Aufgabe des Congresses für beendet und die Sitzung desselben für geschlossen.

Madrid, 19. Juni. In San Miguel bei Jerez wurde eine sozialistische Verschwörung entdeckt, von den Leitern und Mitgliedern sind 7 verhaftet worden. Mehrere Schriftstücke, darunter auch Listen der Mitglieder, wurden mit Beschlag belegt.

Bukarest, 19. Juni. Der juristische Beistand der Regierung in der Angelegenheit der Verstaatlichung der rumänischen Eisenbahnen, Calenderu, hat sich nach Berlin begeben.

Newyork, 19. Juni. Den letzten aus Mexiko eingegangenen Nachrichten zufolge war der Aufstand gegen die Regierung im Wachsen. Der Postverkehr mit dem Innern ist unterbrochen, in Monterey wurden alle Zeitungen, mit Ausnahme des amtlichen Blattes, genöthigt, ihre Publikationen einzustellen. General Marano organisirte Streitkräfte gegen den Präsidenten Porfirio Diaz.